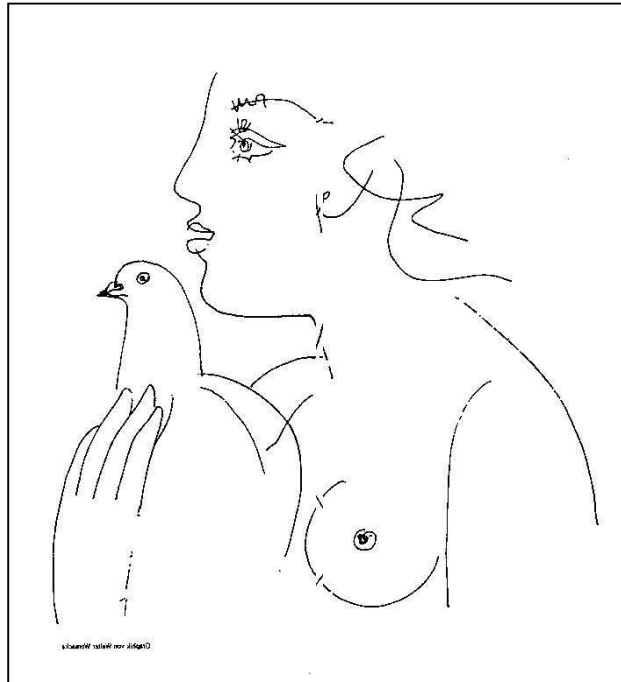


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 50



Was stellt Russland heute dar?

von

Bruno Mahlow

Redaktionsschluss: 30.09.2008

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Was stellt Russland heute dar ?

Diese Frage zu beantworten, ist wichtig, um die Möglichkeiten, Erfordernisse und Probleme Russlands zu erkennen und seinen möglichen weiteren Entwicklungsweg bewerten zu können.

Zunächst zu einigen objektiven Gegebenheiten und Potenzen Russlands:

Russland ist das größte Land der Erde das sich über zwei Kontinente erstreckt – Europa und Asien, damit ist die Russische Föderation ein eurasischer Staat.

Es weist 11 Zeitzonen und verschiedene Klimazonen auf. Zu seiner Bevölkerung gehören 100 Nationalitäten, $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung leben in großen Städten, östlich des Urals lebt weniger als $\frac{1}{4}$ der Bevölkerung (im Fernen Osten höchstens 8 Mio. Menschen). Russlands Anteil an natürlichen Ressourcen beträgt 40%. Rohstoffe machen etwa 64% des russischen Exports aus. Es verfügt über 27,5% der Weltgasreserven, steht an 2. Stelle hinter Saudi-Arabien (13,5%) mit einem Anteil von 12,1 % in der Erdölförderung. Hinsichtlich der Erdölreserven nimmt es den 8. Platz ein. Es ist somit eine nicht zu ignorierende energiepolitische Weltmacht und verfügt über reiche Vorkommen an allen entscheidenden Elementen des Mendelejewischen Periodensystems. Die landwirtschaftliche Nutzfläche beträgt 321,1 Millionen ha (12,9 % der Gesamtfläche des Landes), 119,7 Millionen ha = 7,5 % der LNF werden als Ackerfläche genutzt. Mit einer Waldfläche von 714,3 Millionen ha gehört Russland neben Brasilien zur „Lunge“ unseres Planeten. Pro Kopf der Bevölkerung verfügt Russland über 31.000 Kubikmeter Wasser (zum Vergleich - in Deutschland sind es 2.200 Kubikmeter). In ihrem Wert pro einzelnen Bürger machen Russlands Naturreichtümer 160.000 Dollar aus, gegenüber 16.000 \$ in den USA und 6.000 \$ in Europa.

Auch nach dem Zerfall der UdSSR muss Russland weiterhin als eine militärische Weltmacht betrachtet werden.

Nach Informationen der Presseagentur RIA – Novosti vom 23. März 2007 verfügt Russland über 762 strategische Trägermittel mit einem Potenzial von 3.373 nuklearen Gefechtsköpfen (die USA dagegen verfügen über 5.521 Gefechtsköpfe, entwickeln Minikernwaffen und Raketenabwehrmittel zur Absicherung eines atomaren Erstschlages). Als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates verfügt Russland über Vetorecht

Diesem zweifellos enormen Potenzial an Menschen, Grund und Boden, Bodenschätzen sowie natürlichen Rohstoffen, das es Russland als dem einzigen Land der Erde im extremsten Fall ermöglicht, sich mit dem Notwendigsten selbst zu versorgen, stehen enorme Verluste im Ergebnis der Zerstörung der UdSSR entgegen.

Diese bestehen zusammengefasst vor allem in Folgendem:

- Verlust des Status einer Supermacht,
- Verlust an Territorium – Russlands besteht nur noch in Grenzen des XVII. Jahrhunderts,
- Verlust an Bevölkerung – seit 1990 befinden sich 25 Mio. Russen außerhalb Russlands. Große demographische Probleme entstanden durch Überalterung. Jährlich nimmt die Bevölkerung um 700.000 Menschen ab, die Sterberate beträgt 16/1.000 Einwohner. Die ethno - kulturelle Struktur der Bevölkerung Russlands veränderte sich radikal, indem sich eine national fast homogene Gesellschaft herausbildete mit einem Anteil von 82 % Russen (im zaristischen Russland und in der UdSSR war dieser Anteil nie mehr als 55 %). Zu verzeichnen ist eine Zunahme von Muslimen durch Einwanderung, unterschiedliche Geburtenraten und Migration.
- Die materiellen Verluste, die oft mit den Verlusten in 2 Weltkriegen und dem Bürgerkrieg (1918-1922) verglichen werden, sind so hoch, dass man Russland zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr als Industriemacht bezeichnen kann. Eine eigene Industriepolitik und Konzeption für den Maschinenbau sind unterentwickelt. Es werden nur 1,5 % an wissenschaftlich hochintensiven Produkten hergestellt.
- Verlust nationaler Sicherheit bei Nahrungsmitteln: viele Millionen ha Land liegen brach, 15.000 Dörfer sind verschwunden, in 9.000 Dörfern leben nur 20-30 Menschen. Bis zum Jahr 2007 blieben von 8 Millionen Landbevölkerung nur noch 3,8 Millionen. Das Land müsste 80 % an Nahrungsmitteln selbst produzieren, importiert jedoch jährlich für 30-35 Milliarden US \$ Lebensmittel (35 %). Für die Bauern bleibt nur 1 Milliarde US \$.
- Von 74 Mio. Beschäftigten leben 55 Mio. mit circa 6.000 Rubel (~162 €) (1 € = 37,104 Rubel - Stand 24.Mai 2008)
- monatlich, die Durchschnittsrente liegt bei 4.000 - 4.500 Rubel (d.h. 24% des Durchschnittslohns), die Miete für eine 2 Raum--Wohnung beträgt 2.000-3.000 Rubel.

Beispiele zu den gegenwärtigen Einkommensverhältnissen:

- Gelegenheitsarbeiter, Museumsangestellter – **5.000 Rubel**
- Lehrer, qualifizierter Arbeiter, Ökonom – **10.000 Rubel**
- Regionalbeamter, Oberst, Jurist – **25.000 Rubel**
- Analytiker, Akademiemitglied, Vertreter, Manager großer Unternehmen – **50.000 Rubel**
- Minister, Dumaabgeordneter, Abteilungsleiter von Banken – **150.000 Rubel**
- Topmanager, Fußballer 1. Liga – **200.000 Rubel** und mehr
- Preise für Lebensmittel stiegen 2007 um 14-15 % bei sinkendem Wachstumstempo für Reallöhne von 18 % auf 14 %.
- 1 m² Wohnraum kostet **2.500 US \$**
- Lebensminimum – **4.330 Rubel (~ 117 €)**

Insgesamt sank das Lebensniveau seit 1990 um das Zweieinhalbfache ¹⁾

Ein Problem, das nicht mit Zahlen ausgedrückt werden kann, das aber große negative Folgen hat, ist der Verlust des sowjetischen Wertesystems, wenn auch der „Sowjetismus“ als eine wichtige psychologische, politische und historische Dominante in der russischen Gesellschaft weiter wirkt. Der Verlust an Zuversicht verwandelte Russland in ein Land ohne gesellschaftlichen Konsens für ein anderes Wertesystem. An dessen Stelle tritt eine allgemeine „russische Idee“, die Religion, der Glaube an ein großes Russland. Bei vielen Russen sind auch Vorstellungen der Art wie „Kapitalismus plus Sowjetmacht“ verbreitet.

Es ist eine Epoche des enormen Sinnverlustes eingetreten, da man den Menschen den Sinn des Lebens genommen hat und die Jugend neigt heute eher dazu, den Lebensstil zu kopieren, den die Massenmedien ihr vorsetzen und propagieren. (nach Pawel Lugin Regisseur des Films „Die Insel“)

Quo vadis Russland?

Vorbemerkungen

1. Die Zerstörung der UdSSR wird als größte geostrategische Tragödie, als planetare Katastrophe mit weitreichenden, nicht in allem zu übersehenden Folgen beurteilt. Das westliche System hat ohne heißen Krieg die Ziele erreicht, die es in zwei Weltkriegen mit Waffen

1) Quelle: Prawda vom 18/19 Dezember 2007 und vom 18/21 Januar 2008)

nicht erreichen konnte. Zum Teil wird die heutige Situation Russlands mit der Deutschlands nach Versailles und Sowjetrusslands nach dem Brester Frieden 1918 verglichen. Das grundlegend veränderte internationale Kräfteverhältnis birgt große Gefahren für die menschliche Zivilisation in sich.

2. Die russische Frage besteht für die Gegner Russlands gegenwärtig darin, zu verhindern, dass die Russische Föderation (RF) als Staat erhalten bleibt und erstarkt. Die RF soll ebenso wie die UdSSR zerstört werden. Für diese Zielsetzung gibt es sowohl innere Bedingungen als auch äußere Interessen (Brzezinski: „Das große Schachspiel“). Russland als euroasiatischer Staat hat nur eine Überlebenschance oder Perspektive als Großmacht oder gar nicht—und wenn man die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt am ehesten nur auf einem progressiven Weg sozialer Gerechtigkeit.
3. Der kalte Krieg hat nie aufgehört, denn ihm lagen nicht so sehr ideologische Gründe, sondern geopolitische Interessen zugrunde. Ein erstarkendes kapitalistisches Russland ruft in den USA und anderen westlichen Staaten nicht weniger Widerstand und Aversionen hervor als die UdSSR. Auch deshalb sind heute für das Erfassen wahrer Hintergründe und Ziele aktueller Vorgänge mehr denn je fundierte Kenntnisse der Geschichte sowohl von Staaten als auch von internationalen Beziehungen gefordert.
4. Die russische Frage gilt es in weltpolitische Veränderungen einzuordnen, die sich nach dem Verlust der Bipolarität vollzogen. In den 80-90 er Jahren triumphierte der Westen ,das heißt die westlichen Hochburgen des Kapitals auch durch ihren Sieg in einem geoökonomischen Krieg, dem eine völlige Umverteilung der Ressourcen, menschlichen Potenzials, ökonomisches Wachstum folgten und durch den man die eigene Krise hinauszögern konnte.
5. Anfang des XXI Jahrhunderts kam es zu einem Aufschwung eines „neues Kapitalismus“ in Asien und Lateinamerika (neue Machtpole). Anstelle des „liberalen Kapitalismus“ trat der „autoritäre Kapitalismus“ (als Beispiel für einen solchen wird Russland und China ausgegeben).

Darüber hinaus traten folgende geopolitische Veränderungen ein: Weiterverbreitung von Kernwaffen, Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten erdölfördernder Staaten, Positionsverluste der USA und der EU.

Russland nutzte die Situation für die eigene relative Stabilisierung, für ein wachsendes Selbstbewusstsein zur Änderung der Spielregeln in der Weltpolitik und zu einer stärkeren Wahrnehmung eigener Interessen.

Die Frage „Quo vadis, Russland“? bewegt nicht nur das Ausland, sondern auch viele Bürger und Politiker Russlands. Auf die Frage vor welcher Wahl steht Russland? Geht auch Jewgenij Primakow, ehemaliger Ministerpräsident und Außenminister Russlands, heute – Präsident der Industrie - und Handelskammer der RF in seinem jüngsten Buch „Minenfeld der Politik“ ein.

Darin zeigt er folgende entscheidende Alternativen auf:

- zivilisierte Marktwirtschaft oder Übermacht monopolitischer Gruppen, die gegen die Interessen Russlands und das mittlere und kleine Unternehmertum wirken
- soziale Marktwirtschaft oder Armut
- Föderalismus oder Separatismus
- Ordnung und Sicherheit oder organisierte Kriminalität
- Demokratie oder Chaos
- Rolle des Staates unter realer Kontrolle der Gesellschaft oder Diktatur
- Eigenständige Außenpolitik entsprechend den nationalen Interessen Russlands in einer multipolaren Welt oder Verlust der Souveränität.

Eine Realisierung Russland dienlicher Alternativen macht Primakow von der Konsequenz im Vorgehen Putins und in jedem Falle von einer national orientierten Führung abhängig.

In jüngster Zeit und insbesondere im Gefolge des Kaukasuskonfliktes zeichnet sich in der russischen Gesellschaft ein deutlich ausgeprägter patriotischer Konsens und somit die Orientierung auf einen eigenständigeren Entwicklungsweg ab. Man betont, dass früher oder später die Wiedergeburt Russlands als Großmacht nicht zu ignorieren sein wird. Für diesen Stimmungsumschwung wirken in den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten bis hinein in die politische Führung solche Faktoren wie die Enttäuschung über den Westen, die eigenen Erfahrungen vieler Bürger im praktischen Vergleich zwischen zwei Gesellschaftssystemen, die Schwächung der Positionen der USA unter Bush, das gewachsene eigene Selbstbewusstsein.

Gleichzeitig hat sich in der Praxis erwiesen, dass im Russland des XXI. Jahrhunderts – zumal nach über 70-jähriger Sowjetperiode –

kein Kapitalismus des XXI. Jahrhundert vorstellbar ist und der vom Westen aufgezwungene Weg des liberalen Kapitalismus gescheitert ist. Im Westen wird jedoch vielfach verkannt bzw. ignoriert, dass das westliche Modell des Wirtschaftens und des staatlichen Aufbaus für Russland völlig ungeeignet ist. Dafür müssten die gesamte Lebensweise, Traditionen und Gewohnheiten der Russen grundlegend verändert werden.

Nicht real ist auch ein Zurück zur UdSSR wie sie war. Es kann für eine antikapitalistische, neue sozialistische Alternative nur einen Weg nach vorn geben, für den die objektiven wie subjektiven Voraussetzungen erst noch heranreifen müssen.

Gegenwärtig spricht daher viel für einen eigenen russischen Weg

- einer eher sozial orientierten Marktwirtschaft mit staatlich kontrollierten Kooperativen, nationalen Projekten,
- einer gesellschaftlichen Moral, die stark vom religiösen Glauben und somit auch von der rechtgläubigen Kirche bestimmt wird (etwa 80 % der Bevölkerung sind davon beeinflusst).

Die „russische Idee“, die heute in der russischen Gesellschaft besonders aktiv diskutiert wird, stützt sich auf drei Säulen:

1. Duchovnostj – Geistigkeit, Leben nach dem Glauben bei Priorität des geistigen und moralischen vor dem materiellen (Rechtgläubigkeit)
2. Sobornostj – Gemeinsamkeit, Einheit im Glauben
3. Dershawnostj – Großmacht empfinden – Staatlichkeit

In jedem Falle erfordert die Verfolgung eines eigenständigen Weges die Berücksichtigung aller Faktoren – der Geschichte, Traditionen, der Größe des Landes, Beziehungen zu anderen Ländern, des Charakters der Völker Russlands und ihrer Möglichkeiten, der Situation in der westlichen und östlichen Welt.

Programmatische Ziele bis 2020

Die wesentlichsten Aussagen zu den bis 2020 zu erreichenden Zielen machte Putin in seiner Rede vor dem Staatsrat unter Teilnahme großer Teile der Administration und des Beamtenapparates, sowie auf seiner letzten Pressekonferenz als Präsident vor den Präsidentenwahlen im März 2008.

Bis 2020 bzw. auf manchen Gebieten schon früher soll Russland zu einer der fünf führenden Wirtschaftsmächte werden (Putin: „Russland muss das anziehendste Land auf der Erde werden“)

- Bereits bis 2010 ist eine Verdopplung des BIP vorgesehen
- Preiserhöhung nicht über 3 % im Jahr
- Inflationsrate von 14,5 % auf unter 10 % senken
- Bis 2010 Ausgaben für Bildung auf das vierfache und für das Gesundheitswesen auf das 4,5-fache erhöhen (80-90 % der Bevölkerung sollen qualifizierte medizinische Hilfe erhalten)
- Durchschnittslohn = 2.700 US\$ monatlich (Minimallohn ab 1. Januar 2009 = 4.330 Rubel)
- Durchschnittsrente = 800 US \$ monatlich
- Dreiköpfige Familie = 100 m² Wohnraum
- Lebenserwartung von 66 auf 75 Jahre erhöhen
- Bis 2010 – Wohnungen für alle Militärangehörigen und aus dem Militärdienst Entlassene
- Bevölkerungswachstum bis 142-145 Mio.
- 60-70 % der Bevölkerung werden zum Mittelstand gehören

Betont wurden die Entfaltung des menschlichen Potenzials, die Qualität des Lebens, die Modernisierung, Hochtechnologie, Energieeffektivität, Innovationskurs, Steuermaßnahmen im Interesse kleiner und mittlerer Unternehmen.

Präsident Medwedjew orientierte auf die Überwindung des Rechtsnihilismus, Durchsetzung der Gesetzlichkeit, auf die Überwindung administrativer Barrieren und des Bürokratismus, ein geordnetes Finanzsystem und stabilen Rubel.

Neue Regelungen wurden bzgl. der Zulassung ausländischer Unternehmen in bestimmten Schlüsselbereichen eingeführt.

Kapitalismus mit russischen Eigenarten

Nach einigen Angaben befinden sich 77 % des Eigentums in privater Hand, 90 % werden von etwa 1.000 „goldenen Familien“ kontrolliert. Eine eigenartige Privatisierung begann schon in der Sowjetzeit – zunächst über eine Schattenwirtschaft bei Nutzung von Defizitproblemen insbesondere in der Dienstleistungssphäre, über „Vitamin B“ und somit durch Korruption und Machtmissbrauch.

Unter Gorbatschow entfaltete sich eine willkürliche Bildung von Kooperativen durch Komsomolfunktionäre, die in zunehmendem Maße zur Geldwäsche genutzt wurden.

Mit Zerschlagung der UdSSR setzte eine umfassende gesetzlose Privatisierung - sprich Raubbau von Staatseigentum ein. Dazu dienten die sogenannten Vouchers (Anteilsscheine für Unternehmen), die von findigen Beamten aufgekauft und billig umgesetzt wurden. Es muss hinter den Kulissen dafür schon eine Art Netzwerk gegeben haben, zumal das Volkseigentum in einer Art Anonymität landete, die denjenigen, die näher und machtausübender am Eigentum dran waren (Direktoren, Ingenieure, Beamte des Partei- und Staatsapparates), über ihre Verfügungsgewalt die Privatisierung von Eigentum ermöglichte.

Der IWF, die WB, westliche Berater förderten über die Privatisierung die Zerschlagung der UdSSR, den Ruin von Industrie und Landwirtschaft, der Wissenschaft und Bildung, den Separatismus, eine einseitige Abrüstung Russlands und eine demographische Krise.

Ende des vergangenen Jahrhunderts kam es zu einer spürbaren Erhöhung der Rohstoffpreise. In dieser Zeit vollzogen die westlichen Staaten den Übergang von der postindustriellen zur Innovationswirtschaft, während sich in Russland ein oligarchischer Kapitalismus entwickelte. (Viele Investitionen in Immobilien im Ausland, bei gleichzeitigem Abwürgen konkurrierender Innovationen, Verschmelzung von Beamtentum und Banken) – ohne freie Konkurrenz bei uferloser Korruption als Hauptader. Dies stellt eine russische Art ursprünglicher Akkumulation des Kapitals dar. Es muss eingeschätzt werden, dass es sich dabei nicht um eine natürliche Entwicklung ökonomischer Beziehungen und effektiver Eigentümer handelt, sondern um einen Staatsstreich, um einen künstlichen Prozess von oben zur Freisetzung einer künstlichen „Wiedergeburt einer Klasse“ von kriminellen Oligarchen. Verschmelzung politischer Macht und persönlichen Reichtums entstand eine eigenartige Symbiose, die eine parasitäre herrschende Klasse hervorbrachte und somit einen korrumpierten Staatskapitalismus als besondere Form des Kapitalismus schuf. Im Zuge einer unumgänglichen Stärkung und Stabilisierung der Zentralmacht wurde in den letzten Jahren die Kontrolle des Staates in strategischen Bereichen, insbesondere bei Energieträgern, im militärisch-industriellen Komplex, in der Atomwirtschaft, im Flugzeug- und Schiffsbau erhöht. Bei Erdgas kontrolliert der Staat über 50 % durch Gasprom, bei Erdöl über 28 %. 40 % des Grundfonds unterstehen e-

benfalls staatlicher Kontrolle. Der Anteil des privaten Sektors am BIP betrug 2006 65 %. 70 % der Beschäftigten entfallen auf den privaten Sektor. Inzwischen hat Russland bereit 110 Milliardäre und ca. 100.000 Millionäre.

Faktoren der inneren Stabilisierung

Die relative Stabilisierung der inneren Lage ist wesentlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- ökonomisches Wachstum – 8 %, die Industrieproduktion nahm um 6,3 %, die Investitionen ins Grundkapital nahmen um 21% zu, die Goldreserven liegen bei über 500 Milliarden US \$, Zunahmen bei Realeinkommen, Arbeitslöhnen und Renten.
Diese Entwicklung wurde entscheidend von den hohen Rohstoffpreisen bestimmt. Vieles an höheren Einkommen wird durch Inflation und Preiserhöhungen wieder „aufgefressen“.
Der Anteil des real produzierenden Sektors der Wirtschaft liegt bei 20-25 %. Dennoch konnte unter Putin in der Lebenslage insbesondere bei Rentnern eine gewisse Befriedung erreicht werden.
- durch die Stärkung einer vertikalen Machtstruktur (unter anderem Schaffung von 7 präsidentialen Verwaltungsbezirken, Einsatz der Gouverneure durch den Präsidenten) konnten die Macht der Zentrale und die verfassungsmäßigen Grundlagen der Föderation gefestigt und damit die Gefahr des Zerfalls Russlands gebannt werden. Dem diente auch die Stabilisierung der Lage in Tschetschenien.
- Stärkung der russischen Staatlichkeit, denn die Existenz des russischen Staates stand auf dem Spiel und bleibt auch für die nächste Zeit ein anvisiertes Ziel innerer und äußerer antirussischer Kräfte. Es gehörte daher selbst für Teile der russischen Bourgeoisie und des Beamtentums nicht viel dazu um des eigenen Überlebens und eigener Interessen willens auf den Patriotismus zu setzen (diese wie auch andere, z. B. soziale Losungen wurden von den Forderungen der KPRF „entlehnt“). Die Oligarchie verzichtete zunächst auf einen Kampf „Jeder gegen Jeden“, fast alle politischen Parteien ob an der Macht oder in der Opposition vertraten aktiv Positionen des Etatismus.²⁾

² Als **Etatismus** (frz. *État* „Staat“) bezeichnet man eine politische Haltung, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme dadurch lösen will, indem sie auf staatliche Regelungen setzt. Der Begriff entstand um 1880 in Frankreich.

Das ökonomische Gegenstück zum Etatismus ist der Liberalismus.

- soziale Spannungen konnten in halbwegs manipulierbare Bahnen gelenkt werden. Dies ist auch auf die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und eine gespaltene Linke zurückzuführen. In der Bevölkerung sind Resignation und Gleichgültigkeit verbreitet. Man erkennt zwar die Ungerechtigkeit des derzeit herrschenden Gesellschaftssystems an, sieht jedoch dazu gegenwärtig keine überzeugende Alternative und findet sich mit der Konsumgesellschaft als optimale Lebensform im täglichen Überlebenskampf ab. Mit der fortschreitenden kapitalistischen Restauration und ihren Konsequenzen in Alltags-, Bildungs-, kommunalen- und Freizeitbereichen sind soziale Spannungen programmiert.
- „Sowjetismus“, Erinnerungen an die Sowjetperiode wirken in der Gesellschaft weiter, Sowjetstrukturen und Verfahren werden aktiv, wenn auch mit anderen Vorzeichen genutzt und beeinflussen auch das Vorgehen politischer Führungskräfte.
- wenn auch keine Liquidierung der Oligarchie „als Klasse“ erfolgte, so wurde deren Einfluss an politischen Machthebeln und im Monopolanspruch über die Massenmedien eingeschränkt. Man könnte von einer gewissen Entpolitisierung der Oligarchie insbesondere deren prowestlichen Flügels sprechen.

Die gegenwärtigen Machtverhältnisse widerspiegeln eine Differenzierung, eine Umverteilung der Kommandohöhen in Politik und Wirtschaft und erklären in vielem das Manövrieren, Taktieren Putins und anderer in wichtigen Entscheidungen. Neben absehbaren sozialen Spannungen, massivem westlichen Druck auf Russland sind eine mögliche Zuspitzung innerer Machtkämpfe, Auseinandersetzungen um Eigentumsfragen und personelle Fragen nicht auszuschließen. Auch der angesagte konsequentere Kampf gegen die Korruption ist mit Gefahren des „Sägens am eigenen Ast“, auf dem die heutigen Führungskräfte sitzen und daher auch mit Problemen für jede Kadererneuerung verbunden.

Stützen des gegenwärtigen Regimes

Die oben angeführten Faktoren sind zweifellos wesentliche Voraussetzungen für die Konsolidierung der sich in Russland herausbildenden Machtverhältnisse, wobei sich als Hauptstützen des gegenwärtigen Regimes abzeichnen:

- die neue russische Bourgeoisie: 110 Milliardäre, 100.000 Millionäre, Eigentümer großer Konzerne insbesondere im Rohstoffsektor

- Topmanager mit Rubel Monatseinkommen über 400.000
- Hohe Staatsbeamte
- Medien und Showbusiness, d.h. Führungskräfte der Informations- und Unterhaltungsbranche.

Medwedjew und Putin sind beide faktisch zum Erfolg verdammt. Sie müssen versuchen zwischen den Kremlkräften einen Kompromiss auf längere Dauer und damit für sich genügend Spielraum zum Manövrieren zu erhalten. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, zumal sich auf die Dauer das Wirken des Vergleichs zwischen zwei Gesellschaftssystemen in der Bevölkerung, soziale Spannungen, gesellschaftliche Widersprüche und personelle Ambitionen nicht überlisten lassen.

Nicht zu ignorieren sind die Wirkungen der 74-jährigen Sowjetperiode. Laut Umfragen wollen nur 16 % der Bevölkerung ein „demokratisches Regime“ westlicher Art, zwei Drittel sind für einen starken und nicht für einen liberalen Staat, 75 % sind eher für Ordnung als für die bisher angebotene Demokratie, 37 % sind für das sowjetische System.

Neue soziale Struktur

In den vergangenen 16 Jahren vollzogen sich in der russischen Gesellschaft zwei grundlegende Veränderungen und zwar in den Eigentumsverhältnissen und in der sozialen Struktur. Generell vollziehen sich die Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen langsamer und widersprüchlicher als in den Eigentumsverhältnissen, in der Wirtschaftsordnung. Anstelle der sowjetischen, weitgehend deklassierten Klassenstruktur – Arbeiterklasse, Bauernschaft, Intelligenz – wird heute einer neuen Struktur aus zum Teil relativ stabilen sozialen Schichten bzw. Kasten „Stratas“ das Wort geredet. Ein Großteil der früheren Machtstrukturen wurde einfach umfunktioniert. Dies betrifft insbesondere den Funktionärs- Beamtenapparat, die Wirtschaftsstrukturen, den ingenieur-technischen Apparat. Es handelt sich dabei um eine noch unfertige soziale Struktur, in der z. B. die Arbeiterklasse erst wieder zu sich selbst finden muss.

Ausgehend von ihrer sozialen Lage werden in einer Reihe von Untersuchungen folgende Schichten aufgeführt:

- 24-21 % unterhalb der Armutsgrenze
17 % auf der Armutsgrenze
- 24-25 % Minderversorgte, die sich zwischen den Armen und der Mittelklasse befinden und von denen 10-12% eher nach unten tendieren.

Nach dieser Schicht wird jedoch der Verbraucherkorb bemessen.

- 20-22%, d. h. weniger als ein Drittel der Bevölkerung wird zur Mittelklasse gerechnet
- etwa 4-5% der Bevölkerung sind Reiche mit einem Durchschnittseinkommen von über 2.500 US \$.

Über die Hälfte der Bevölkerung rechnet sich zu den Verlierern der mit der Gaidar-Regierung eingeleiteten Reformpolitik, nur 15-17 % meinen gewonnen zu haben. Dazu gehören die 10 %, denen 90 % des Eigentums gehören.

Zum Mittelstand werden zum Teil Bürger mit einem monatlichen Einkommen von 1.000 – 1.500 Euro pro Kopf gerechnet (meist 24 – 40 Jährige in Großstädten). Ein Drittel von ihnen geben an, ins Ausland emigrieren zu wollen. Sie begründen dies mit der Qualität des Lebens, das heißt mit Problemen der ökonomischen und individuellen Freiheit, Beamtenwillkür, Steuersystem, Korruption im Gerichtswesen, Zukunftsunsicherheit für die eigenen Kinder, Unsicherheit bezüglich des Erhalts von Eigentum. Obwohl etwa 70 % der Bürger von Monatseinkommen zu Monatseinkommen leben, spekuliert die derzeitige politische Führung vordergründig mit einer „hellen Zukunft“. Stark ausgeblutet ist nach dem Ende der UdSSR auch die russische Wissenschaft und ihr Bildungssystem. In den letzten drei Jahren sind weitere 20.000 vor allem junge Wissenschaftler und Techniker ins Ausland emigriert.

In Russland gibt es gegenwärtig über zwei Millionen Verwaarloste, 189.000 Waisen, drei Millionen Kinder sind nicht in die Schule gegangen.

Zur Situation unter der Jugend

Die Veränderungen in der russischen Gesellschaft spiegeln sich zwangsläufig auch in der Jugend wider.

Erstens, entstand eine junge Generation, die ohne sowjetische soziale Erfahrungen unter Bedingungen des Kapitalismus und Antikommunismus aufwuchs.

Zweitens, verschwanden zunehmend soziale Mobilität und soziale „Lifte“ nach oben mit der Möglichkeit aufzusteigen. Damit schwan- den auch Illusionen. Dafür nahm die Klassendifferenzierung zu, ent-

wickelte sich ein gesondertes Officeproletariat, erfolgte eine massenhafte Abwanderung der Jugend vom Land in die Stadt, neue junge Arbeiter kamen vor allem aus Emigrantenkreisen.

Die Studentenschaft rekrutierte sich immer mehr aus vermögenden Schichten, was auch ihren zunehmenden bürgerlichen Charakter prägt. **Drittens**, wurden die Einflussmöglichkeiten auf die staatliche Jugendpolitik immer mehr eingeschränkt.

Um die Situation unter der Jugend konkreter zu veranschaulichen seien hier einige Zahlen, Fakten und Probleme aufgeführt.

- Nach der Volkszählung von 2002 machten Jugendliche zwischen 14-30 Jahren 34 Millionen oder 24 % der Bevölkerung aus,
- Studenten der Universitäten und Fachhochschulen = 7 Millionen = 21 % der Jugendlichen.
- Unter der Arbeiterjugend in der materiellen Produktion waren 89 % Lohnarbeiter, 2,7 % im Business mit Lohnarbeit tätig, 2,2 % waren gleichzeitig lohnabhängig und im eigenen Business beschäftigt, 2,5 % waren individuell Beschäftigte, 5,5% waren kleine Handwerker und Einzelhändler.

Für die Situation der Jugend Russlands sind vor allem folgende Probleme charakteristisch:

- Arbeitslosigkeit. Sie betrug 2007 insgesamt 4,6 Millionen = 6,7 % der Beschäftigten in der Wirtschaft, davon ca.25-30 % Jugendliche, wobei diese eine um 30% höhere Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatten als die älteren Jahrgänge.
- Hohe Kosten für die Hochschulbildung, Probleme der Arbeitsaufnahme entsprechend der erworbenen Qualifikation nach dem Hochschulabschluss. Nur 20 % der Absolventen arbeiten auf ihrem Spezialgebiet.
- Das größte Problem ist das Wohnungsproblem. Zwei Drittel der jungen Menschen leben bei ihren Eltern, 11 % wohnen in Gelegenheitsquartieren, nur jeder fünfte hat eine eigene Wohnung oder ein Haus. Nur 10 % der Familien können sich Wohnraum kaufen. 35-40 % der Wohnungen werden nicht zum Wohnen gekauft, sondern als Immobilie, zum Erhalt des Kapitals als Schutz vor Inflation. Eine Zweiraumwohnung kostet zwei Millionen Rubel. Bei einer Warteliste von 4,5 Millionen wohnungssuchenden Familien käme der letzte erst in 150 Jahren dran.
- Große Hindernisse bestehen für die Familienbildung und Kindererziehung. Jede 3. Familie ist kinderlos. Die kürzlich festgestellte er-

höhte Geburtenrate ist auf die Geburtenjahrgänge 1985-1987 aus der UdSSR-Zeit zurückzuführen.

- Drogensucht/Alkoholismus: 6 Millionen Drogensüchtige, 15 Liter reinen Alkohols jährlicher Pro-Kopfverbrauch (die von der WHO festgelegte gesundheitliche Höchstgrenze beträgt 8 Liter)
- Über 1 Million AIDS-Infizierte.
- Kriminalität: Sie ist 2007 um das 3,2 Fache höher als 1987, 60 % der Straftäter sind Jugendliche zwischen 27-29 Jahren.

Die Linke in Russland , das Selbstverständnis der Kommunistischen Partei der russischen Föderation (KPRF) und ihre Rolle

Die Linke stellt auch in Russland eine sehr heterogene und in sich gesplattene Kraft dar. Es gibt mehrere kommunistische Splitterparteien. Am stärksten unter ihnen ist die Russische Kommunistische Arbeiterpartei unter Tjulkin, die auch mit der KPRF zusammenarbeitet und ihre Hauptbasis in Sankt Petersburg hat, wo auch Anpilows Trudowaja Rossija (Werkstätiges Russland) wirkt. Daneben gibt es die Nationalbolschewiken, eine WKP(B), marxistische Vereinigungen.

Linke Kräfte sind in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen, an Hochschulen, auch in administrativen Strukturen zu finden. Gemeinsame Aktionen wie in der Vergangenheit bleiben zumeist aus. Der Ruf der Kommunisten hat mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem danach folgenden Seitenwechsel/Umschwenken vieler Funktionäre großen Schaden erlitten.

Die KPRF bleibt die stärkste, und im Grunde gegenwärtig die einzige organisierte oppositionelle Kraft. Sie ist mit ihren 200.000 Mitgliedern in allen Regionen vertreten und hat 57 Sitze in der Duma (bei insgesamt 450 Abgeordneten). Bei den letzten Präsidentschaftswahlen erhielt sie 17,7 % der Stimmen. Ihre Wählerschaft hat sich mehr vom Land in die Großstädte und somit zu den gebildeten Schichten der Bevölkerung verschoben. In Vorbereitung auf den Parteitag vollzog sich nicht nur eine Modernisierung der Parteiarbeit, sondern auch eine Verjüngung ihres Funktionärsstammes. Die KP orientiert nicht mehr auf Gouverneursposten und die Teilnahme an Strukturen der Exekutive, fordert jedoch aktive Arbeit in Organen der Legislative, in regionalen und kommunalen Fraktionen.

Die KPRF sieht sich als Erbin der Partei, die das Land nach Bürgerkrieg und Großem Vaterländischen Krieg zur Wiedergeburt, zu großen Errungenschaften in Bildung, Entwicklung, im Kosmos geführt

hat, als Partei, die für neuen Sozialismus, gereinigt von früheren Fehlern und Verirrungen, für die sie die Verantwortung nicht leugnet, so wie in China, für soziale Gleichheit und Sicherheit, für die Macht des werktätigen Volkes eintritt.

Zu ihren aktuellen Forderungen gehören:

- Naturreichtümer in staatliches Eigentum
- Einsatz des Stabilitätsfonds in der Wirtschaft und in der sozialen Sphäre
- Erhöhung des Mindestlohnes auf 10.000-12.000 Rubel, der Mindestrente um das 3 bis 5 Fache
- Begrenzung der Miethöhe auf 10% des Familieneinkommens
- Förderung des Agrarsektors und der Wissenschaft.

Neben der generellen komplizierten Umstellung der Partei auf die Oppositionsrolle unter Bedingungen einer massiven antikommunistischen Hetze und administrativer Willkür, von Resignation und Geschichtsfälschung musste sich die Partei mit solchen Problemen, die z. T. auch heute noch eine Rolle spielen, auseinandersetzen wie:

- Opposition - konstruktive Verantwortung
- Analyseschwächen insbesondere auf sozial-ökonomischem Gebiet, zur veränderten sozialen Struktur, zur Bündnispolitik
- Überalterung, Mängel in der Jugendarbeit
- Wiederholte Spaltungserscheinungen auch aufgrund persönlicher Ambitionen
- Schwächen in der außerparlamentarischen und Massenarbeit (Arbeit vor Ort, im Wohngebiet, Bürgernähe), in der Dialogfähigkeit
- Ein zum Teil überbetonter patriarchalischer Führungsstil.

Gegenwärtig verstärkt die KP ihre Arbeit in den Gewerkschaften, mit Wissenschaftlern, verknüpft realpolitische Oppositionsarbeit mit außerparlamentarischen Aktivitäten.

KPRF – Programm in neuer Redaktion 3)

Einige wesentliche Aussagen aus dem vorliegenden Entwurf

Die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist nicht beendet.

3) Das Programm soll Ende November d.J. auf dem ordentlichen XIII. Parteitag angenommen werden.

Die gegenwärtige Etappe in der Entwicklung des Landes ist gekennzeichnet durch

- Restauration des Kapitalismus, in einer besonderen Form des Staatskapitalismus- der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, durch eine
- tiefe Klassenspaltung in proletarische Eigentümer (insbesondere mit spekulativem Bankkapital) und verarmte Massen von Lohnarbeitern, bei gleichzeitigem Niedergang der Industrie und Landwirtschaft und Degradierung von Wissenschaft und Kultur.
- Antagonistischer Charakter der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital
- Staatsmacht = Vertreter der Interessen des Kapitals
- Russische Föderation = Objekt neuer Aufteilung der Welt und der Verwandlung in ein Rohstoffanhängsel.
- Gefahr des Zerfalls der Russischen Föderation ähnlich wie im Falle der UdSSR.

Hauptziel: Sozialismus in erneuerten Formen entsprechend dem modernen Niveau der Produktivkräfte, mit hoher Lebensqualität und Bedingungen zur Entwicklung der Persönlichkeit.

Kennzeichen einer sozialistischen Gesellschaft: Volksmacht mittels Sowjets und anderer Formen der Selbstverwaltung, gesellschaftliches Eigentum an Grund und Boden, Naturressourcen, Hauptproduktionsmitteln, würdiges Leben, soziale Gerechtigkeit, soziale Gleichheit ohne Ausbeutung und alle Arten sozialen Parasitentums, Patriotismus, Verantwortung des Bürgers und der Gesellschaft Einheit von Rechten und Pflichten. Vergesellschaftung der Produktion ist die materielle Hauptbasis für den Sozialismus. Für friedlichen Übergang zum Sozialismus, unter Hinweis auf die allgemeine Menschenrechts-Deklaration der UNO-Vollversammlung: die Macht muss sich um die Bedürfnisse des Volkes sorgen, damit es „ nicht als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung greifen muss“.

- Die KPRF stützt sich auf physisch und geistig tätige Lohnarbeiter. Es wird bekräftigt, dass unter dem Einfluss sozialer Prozesse und des wissenschaftlich- technischen Fortschritts „sich die Vorhut, der Kern der modernen Arbeiterklasse heranbildet. In der erneuerten Gemeinschaft der Menschen der Arbeit sehen die Kommunisten ihre soziale Hauptbasis“.
- Gestützt auf die durch die Geschichte sozialer Revolutionen des XIX. und XX. Jahrhunderts geprüfte proletarische Avantgarde

wenden sich die Kommunisten gleichzeitig an alle Menschen, „ die durch ihre direkte Arbeit materielle und geistige Werte schaffen, der Bevölkerung soziale Dienstleistungen erweisen“.

Als konkrete Aufgaben werden genannt:

- Volkswiderstand gegen die Restauration des Kapitalismus, Vereinigung der sozialen Klassenbewegung mit der nationalen Befreiungsbewegung.
- Nationalisierung der Hauptproduktionsmittel.
- Sturz der Macht der Bourgeoisie, Herstellung der Macht des Volkes.

Ihre programmatischen Ziele, Strategie und Taktik bestimmt die KPRF ausgehend von der Analyse der gesellschaftspolitischen Entwicklung, geleitet von der sich entwickelnden marxistisch-leninistischen Lehre, der materialistischen Dialektik, gestützt auf Erfahrungen und Errungenschaften des eigenen und des Weltwissens.

Historische kritische Wertung der Entwicklung der Sowjetunion: keine adäquaten Produktivkräfte und entsprechenden Wirtschaftsmechanismus geschaffen, Bürokratismus, keine reale Vergesellschaftung der Produktion, deformiertes Leistungsprinzip, soziale Passivität, Krise der Partei bedingte Krise der Gesellschaft, gegensätzliche Tendenzen in der Partei – proletarische, kleinbürgerliche, demokratische und bürokratische, patriotische und kosmopolitische, Pseudorevolutionäre und ideenlose Karrieristen, Monopol der Macht und Ideologie, Selbstzufriedenheit, Überheblichkeit, trotzkistische Positionen, Entartung von Parteifunktionären.

Außenpolitische Strategie

Mit der zunehmenden inneren Konsolidierung der russischen Gesellschaft wächst auch die Besinnung auf die eigentlichen Interessen Russlands in der Weltpolitik. Dazu trug auf seine Art auch der ständige Druck der NATO-Staaten bei.

Kürzlich wurde mit Erlass des Präsidenten Medwedjew eine neue außenpolitische Konzeption angenommen. Sie ist gekennzeichnet durch die Betonung eigener Interessen, Anpassung an eigene Stärke und ökonomische Möglichkeiten, Energiepolitik, Diversifizierung.

Als Schwerpunkte der Außenpolitik gelten: die Nachfolgestaaten der UdSSR, das aktive Wirken als Großmacht in einer multipolaren Welt-

ordnung, Konkurrenz und Dialog statt Konfrontation mit den USA und der EU, strategische Partnerschaft mit China, Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den BRIK—Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), Shanghai Kooperationsorganisation.

Es gilt auch künftig zwischen Erklärungen und praktischer Umsetzung in außenpolitischen Schritten zu unterscheiden. Die Auseinandersetzung mit USA- und NATO-Positionen (Putins Münchener Rede) ist nicht gleichzusetzen mit einem konsequenten antiimperialistischen Kurs. Sie wirkt jedoch realpolitisch als Gegengewicht im Interesse einer Multipolarität und gleichen Sicherheit. Vor allem geht es Russland um die Durchsetzung ihrer Rolle als Mitspieler in der Weltpolitik, neuer Spielregeln in den internationalen Beziehungen. Es erkennt die alten Regeln aus der Blockkonfrontation als nicht mehr gültig an und setzt sich für neue Regeln ein, die die Interessen aller Teilnehmer berücksichtigen und die Gleichberechtigung garantieren. Man meint, dass eine Außenpolitik ohne Ideologie vor allem Pragmatismus und Reagieren bedeuten muss.

Medwedjew bekräftigte folgende fünf Grundsätze der russischen Außenpolitik:

- zentrale Bedeutung des internationalen Rechts
- Multipolarität, Ablehnung von Entscheidungen, die nur von einem Land für alle anderen verbindlich gefasst werden (das heißt für eine postamerikanische Welt)
- keine Konfrontation, für Kooperation mit Europa, den USA, für Dialog, Absprachen zwischen großen Staaten
- Verteidigung des Lebens der Bürger Russlands „ganz gleich, wo sie leben“, gebührende Antwort auf jede Aggression
- privilegierte Interessen gegenüber Staaten, mit denen freundschaftliche, gutnachbarschaftliche Beziehungen, historisch spezielle Interessen bestehen (vgl. z. B. nahes Ausland, ehemalige Sowjetrepubliken)

Russland benötigt freie Hand zum Manövrieren, demonstriert neben Stärke auch Kompromissbereitschaft, wie erst kürzlich bei der UN-Sicherheitsratresolution zu Iran oder bei der Konkretisierung des 6-Punkteplanes zum Kaukasuskonflikt (EU- Beobachter ersetzen in Georgien russische Kontrollposten). Von Dialog- und Kooperationsbereitschaft zeugt auch der Vorschlag Medwedjews für einen Europagipfel und einen neuen Vertrag für kollektive Sicherheit in Europa.

Es wird betont, dass nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Bipolarität, eine von den USA dominierte unipolare Welt keine Alternative sein kann. Dies wäre gefährlich. Deshalb kann es nur um eine multipolare Weltordnung gehen. In dieser Hinsicht offenbart auch die Ost-Westkrise um den Kaukasuskonflikt ein Ende der bisherigen Zweideutigkeit und schafft Klarheit, Sie beweist, dass die USA und die NATO Russland weiterhin als Feind brauchen, dass NATO wie EU dem Blockdenken verhaftet sind. Damit wird auch einmal mehr deutlich, dass unterwürfiges Dienen den USA-Interessen der EU keinerlei Gewinn bringt.

Medwedjew bekräftigte unter Hinweis auf den Kaukasuskonflikt Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes, darunter auch bezüglich der Modernisierung der Armee bis zum Jahre 2020, neuer Waffensysteme, höherer Verteidigungsausgaben. Es muss generell davon ausgegangen werden, dass mit dem Kaukasuskonflikt in der Weltlage wesentliche Veränderungen sich abzeichnen.

Vor allem geht es um folgende Folgen und Lehren dieses Konflikts:

- das Erkennen der wahren Ziele der USA und der NATO zur Umkreisung und Zerstückelung Russlands. Neben der Einkreisung Russlands und auch Chinas durch Militärstützpunkte und Sicherung strategischer Zugangswege gibt es weitreichende Pläne über das Schüren separatistischer Tendenzen, nationaler Zwietracht eine Internationalisierung von Konfliktherden und eine Abspaltung autonomer Regionen zu fördern. Auch die Bildung von Exilregierungen wird dabei einkalkuliert. 4) Als nahes Ziel geht es zumindest um die Verhinderung der Modernisierung Russlands, seiner Orientierung auf einen Innovationskurs. Angesichts dessen betonten Medwedjew und Putin ausdrücklich, dass es keine Veränderungen in den Zielen der künftigen sozial-ökonomischen Entwicklung und der nationalen Projekte geben wird.
- weitgehende Unterstützung des russischen Vorgehens in der arabischen Welt, aber auch seitens durch Venezuela und Nicaragua,
- Zwiespalt in der Haltung Westeuropas und der NATO (alte EU-Staaten und ehemalige Warschauer Vertragsstaaten),
- Shanghaier Organisation (SCO) zeigte Verständnis für das Vorgehen Russlands und profitiert praktisch davon,

4 Siehe: Online Journal Contributing Writer Spezial Reports By Wayne Madsen Sep 2, 2008

- der Kaukasuskonflikt offenbart historische Parallelen zum Krimkrieg 1854, als England bemüht war einen „allgemeinen Kreuzzug gegen Russland“ mit dem Ziel der Zerteilung Russlands zu initiieren.

Zu den geopolitischen Zielen im Kaukasuskonflikt gehören:

- Sicherung des Zugangs zum Kaspischen Erdöl und Erdgas (4% des Weltöls und 6% der Weltgasvorkommen),
- Aufteilung der Einflussphären in Eurasien im Rahmen der Einkreisung Russlands und Chinas durch die USA die Lücke an der Südwestflanke Russlands – Kaukasus – Kaspisches Meer zu schließen. In diesem Kontext ist auch die Vorbereitung der USA auf einen Krieg gegen Iran und die von ihnen angestrebte Neuordnung des Mittleren Ostens zu sehen. Dafür sind die Beziehungen zwischen Russland und Iran ein ernstes Hindernis. Die Pipeline Baku- Georgien - Ceyhan in der Türkei soll an Russland vorbeiführen. Bereits Ende der 90er Jahre kam es aufgrund der westlichen Einkreisungsstrategie zu einem harten Durchgreifen Russlands beim Überfall Tschetscheniens mit westlicher Unterstützung auf Dagestan. Es gilt auch zu berücksichtigen, dass der Kaukasus mit seinen bis zu über 5.000 Meter hohen Bergen für Russland im Südwesten sicheren Schutz bietet.
- für Südossetien bedeutet die Sicherung russisch - Ossetischen Pipeline günstige Erdöllieferungen zu einem Preis von 40US \$ pro Barrel im Gegensatz zu 300 US \$ pro Barrel über Georgien,
- eine sehr ernste Frage bleibt die angestrebte NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, da damit auch die Konsequenz verbunden sein könnte, dass die Ukraine in ihrem gegenwärtigen territorialen Bestand nicht in die NATO kommen kann.

Zur Rolle der Shanghaier Organisation für Sicherheitszusammenarbeit(SCO)

Ständige Mitglieder der SCO sind gegenwärtig China, Russland, Kasachstan, Kirgistan, Tadshikistan, Usbekistan und als Beobachter Indien, Iran, Mongolei, Pakistan. Zunächst gab es zur Lösung chinesischesowjetischer Grenzfragen seit 1996 ein entsprechendes Forum, aus dem 2001 die SCO gegründet wurde. Inzwischen sind 15 Grenzabkommen zwischen China, Russland und anderen Anrainerstaaten abgeschlossen worden. Die SCO wirkt als Organisation für diplomatische, ökonomische, militärische und technologische Zusammenarbeit,

sowie im gemeinsamen Kampf gegen Drogen- und Waffenhandel, Terrorismus, Separatismus und politischen Extremismus, für die Lösung von Streitigkeiten über grenzüberschreitende Rohstoffvorkommen und Wasserressourcen.

Die Shanghaier Organisation ist von Bedeutung für die gesamte zentralasiatische Region, zu der u. a. fünf ehemalige Sowjetrepubliken gehören. Zwischen Persischem Golf dem Kaspischen Meer und Zentralasien lagern 75 % des Erdöls und 33 % der Erdgasreserven. Die Region könnte von den USA als Sprungbrett gegen den „weichen Unterleib des russischen Bären“ und damit zur Wiederbelebung des „großen Spiels“ wie seinerzeit zwischen England und Russland im XIX. - Anfang des XX. Jahrhunderts genutzt werden. Dieses „Spiel“ Englands und anderer ist 1922 im Ergebnis der Gründung der UdSSR misslungen. Mit Stalingrad sind im II. Weltkrieg auch die deutschen Eroberungspläne gescheitert. Heute geht es seitens der USA und der NATO um eine Neuauflage des „großen Spiels“ gegen Russland und China. Dazu dienen „bunte Revolutionen“ für westlich orientierte Regierungen, eine „Seerosen“ Strategie für kleinere US-Militärstützpunkte in der Nähe von Häfen und Flugplätzen, die Unterstützung separatistischer Tendenzen in muslimischen Gebieten wie in Xinjiang im Nordwesten Chinas, das Spiel mit der Taiwanfrage, die Tibetkampagne u. a. Auch die jüngsten Randalen in der Mongolei reihen sich in solcherlei Aktivitäten ein. Die Versuche dort eine Art bunte „Kashmir-Revolution“ anzuzetteln erinnern an die Überfälle Japans gegen die Sowjetunion und die Mongolische Volksrepublik 1938/1939 und zwar zeitgleich mit Hitlers Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei. Auch diesmal sind angesichts der USA Strategie gegen Russland und China und des wachsenden Interesses an der Erschließung von Kohlevorkommen und anderer Naturressourcen in der Mongolei diese Ereignisse kein Zufall.

Die SCO ist kein Militärbündnis mit automatischer Bündnispflicht. Sie hat auch keine entsprechenden Entscheidungsstrukturen wie die NATO und auch keine Gegenstrategie. Dennoch stellt sie ein wichtiges Gegengewicht in dieser Region dar. Zu beachten ist auch die Heterogenität der politischen Systeme unter den Mitgliedstaaten der SCO.

Einige Bemerkungen zu den deutsch – russischen Beziehungen

Formal könnte man eine Reihe von positiven Seiten in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und Russland auf dem Gebiet des Handels, in regelmäßigen Kontakten auf staatlicher Ebene konstatieren. Dennoch fällt es schwer von einer strategischen Partnerschaft, von einer klaren konstruktiven Konzeption der BRD in ihrer Russlandpolitik zu sprechen. Trotz eindeutiger objektiver geostrategischer Interessen, geschichtlicher Erfahrungen und Lehren scheint Russland für die deutsche Politik nur „zweite Wahl“ zu sein. Und dies obwohl Russland den russisch-deutschen Beziehungen höchste Priorität beimisst und mit seiner Rolle für die deutsche Einheit mehr als große Vorleistungen vollbracht hat. Die Haltung der BRD—Regierung bleibt widersprüchlich. Sie wird sehr stark von einem folg-samen proamerikanischen Kurs bestimmt. Dieser stößt jedoch zunehmend auf geostrategische Besonderheiten des Standortes Deutschlands, seiner Abhängigkeit von Energie, Rohstoffen und vom äußeren Absatzmarkt insbesondere im Osten. Insbesondere Wirtschaftskreise, aber auch politische Verantwortungsträger sprechen sich für einen anderen Kurs gegenüber Russland aus, sowohl im deutschen Interesse als auch im Gegensatz zur Bush-Administration und zu den östlichen Nachbarn. Sie erkennen die Gefahr, dass bei Fortsetzung eines servilen proamerikanischen Kurses eine Zuspitzung der deutsch-russischen Beziehungen nicht auszuschließen ist. Auch lässt sich eine „brave“ EU-Mitgliedschaft nicht von der „bösen“ NATO-Politik trennen.

Um die Widersprüchlichkeit der deutschen Haltung zu Russland etwas zu veranschaulichen einige Beispiele aus der jüngsten Zeit:

- Horst Teltschik, ehemaliger Staatssekretär im Bundeskanzleramt meinte in seinem Artikel in der FAZ vom 7. Mai d. J.: „Russland braucht keine Belehrungen, im Westen gibt es viele ohne Vorstellungen und Wissen über die Größe der Probleme Russlands, der Westen muss die russische Wahrnehmung der Einkreisung und Isolierung ernst nehmen, es werde noch gerätselt, ob Russland als großer Pol in der multipolaren Welt, selbständig und unabhängig oder als Teil Europas mit gemeinsamen Interessen anzusehen ist, die im November 1999 in Paris angenommene „Charta für ein neues Europa“ blieb Papier, die OSZE spielte nach der KSZE eine nur marginale Rolle, notwendig sind Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit Russland auf allen Ebenen, es fehlt das konkrete WIE für die Zusammenarbeit“. Ergänzen könnte man hier Teltschiks Aussagen

durch den Hinweis, dass konkrete Vorschläge auch zur angesprochenen „Vernetzung“ und zur konkreten Ausgestaltung einer Modernisierungspartnerschaft fehlen.

- Im Unterschied zur vorherrschenden Meinung hielt der BRD-Militärattache in Moskau den militärischen Einsatz Russlands im Kaukasus für angemessen (einschließlich des Einsatzes der Luftstreitkräfte).
- Der ehemalige Vizeadmiral und frühere Chefstrategie der Bundeswehr Ulrich Weisser kritisierte den NATO-Kurs gegenüber Russland. Er sei gegen eine Konfrontation denn die NATO brauche Russland für politische Lösungen auf dem Balkan, im Iran, im Nahostkonflikt und vor allem in der Energiesicherheit. Daher sei er im deutschen Interesse für einen anderen Kurs
- Altkanzler Helmut Schmidt kritisierte in seinem neuen Buch „Außer Dienst“ die verfehlte Russlandpolitik - gemachte Zusagen bei der Abrüstung gegenüber Russland wurden nicht eingehalten, es seien schwere Fehler und Vertrauensbrüche begangen worden, Politiker in Europa verhalten sich überheblich und herablassend gegenüber Russland, einige setzen den kalten Krieg fort, ihn besorge, dass sich deutsche Politiker ständig in die russische Innenpolitik einmischen und antirussische Gefühle schüren, in den USA habe eine imperialistische Haltung die Oberhand gewonnen, hegemoniale und imperialistische Kräfte in den USA arbeiten auf einen EU-Verfall hin, Deutschland dürfe sich nicht von der jenseits des Atlantiks geschürten „Sicherheitshysterie“ anstecken lassen.
- Gegen den Abbruch politischer Gespräche, für die Fortsetzung des Dialogs mit Russland sprach sich in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 24. 8. 2008 auch Genscher aus.

Äußerst problematisch bleibt die negative deutsche Medienberichterstattung, die mehr einer ideologischen Kriegsführung ähnelt und eine unheilvolle Rolle bei der Manipulierung der öffentlichen Meinung spielt. Und dies im Gegensatz zu den russischen Medien, die in ihrer Berichterstattung über Deutschland einen betont versöhnlichen Ton anschlagen und eher die Differenzen beschönigen.*

* V. i. S. d. P. – Arbeitskreis Frieden der GBM, H. Hörning